

**Sommerkonferenz der Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen in den Ländern und im Bund vom 22. bis 23. Juni 2020 auf Usedom**

*Beschluss*

**Europäische Finanzpolitik braucht Solidarität mit Augenmaß**

Die Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher sehen die Pläne für eine ausschließlich auf die Pandemie bezogene, einmalige und zeitlich begrenzte Anleihe im Namen der Europäischen Union als akzeptablen Kompromiss. Damit werden die Mitgliedstaaten bei ihrer Reaktion auf die Corona-Krise unterstützt und zugleich der Einstieg in eine dauerhafte gemeinschaftliche Schuldenhaftung verhindert. Dem Gedanken der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wird Rechnung getragen, da jeder Mitgliedstaat die Verantwortung für seine Politik trägt. Es ist von allen Mitgliedstaaten europäischer Geist und Ehrgeiz gefordert. Gelebte Solidarität muss Hand in Hand gehen mit nationalen Bemühungen um eine starke Wirtschaft, ein nachhaltiges Sozialwesen und stabile Finanzen. Jedes neue Programm muss sich mit einem europäischen Mehrwert begründen lassen und mitgliedstaatliche Initiativen ergänzen.

Daneben lehnen die Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher eine dauerhafte Niedrigzinspolitik der EZB ab. Es widerspricht der Nachhaltigkeit, allein auf den Hoffnungswert dauerhaft niedriger Zinsen zu setzen und den haushaltspolitischen Ausweg in einer Staatsfinanzierung durch die Zentralbanken zu suchen, ohne eigene ausgabenpolitische Schwerpunkte zu setzen. Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit schlechterer Kreditwürdigkeit würde dieser Ansatz anders als der Bundesrepublik erst recht keine Perspektive aus einer explodierenden Staatsverschuldung eröffnen.